



HESSISCHER LANDTAG

30. 04. 2019

ULA

Dringlicher Berichts Antrag

Torsten Felstehausen (DIE LINKE) und Fraktion

Fridays for Future: Klimaschutzforderungen an die Politik

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun.“

Unter diesem Zitat des französischen Dramatikers Molière stellten Schülerinnen und Schüler von Fridays for Future (FFF) am 8. April in Berlin ihre „Forderungen an die Politik“ vor. (FFF <https://fridaysforfuture.de/forderungen/>) In enger Abstimmung mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern haben sie erarbeitet, ab welchem Zeitpunkt wir bei der aktuell jährlich freigesetzten Menge an Treibhausgasen die Klimaneutralität erreicht haben müssen und welches die wichtigsten Schritte sind, um die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.

„Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa 1 Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.“ (ebd.)

Wenige Tage vor der Bekanntgabe der Forderungen lobte Umweltministerin Priska Hinz in der Plenardebatte am 04.04.2019 Schülerinnen und Schüler die wöchentlich für konsequenten Klimaschutz protestieren und begrüßte, dass diese der Politik „Dampf machten“.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ULA) zu den „Forderungen an die Politik“ von Fridays for Future Stellung zu nehmen:

1. FFF fordert für die Einhaltung des Pariser Klimavertrages den Treibhausgasausstoß bis 2035 auf Nettonull zu bringen. Nach dem Hessischen Klimaschutzplan 2025, ergänzt durch den Koalitionsvertrag von CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, sollen in Hessen bis 2025 40 % und bis 2030 55 % der Treibhausgase gegenüber dem Bezugsjahr 1990 eingespart werden. Die Klimaneutralität soll erst 2050 erreicht werden. Das Pariser Abkommen von 2015 ist auch für Hessen die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen.
 - a) Geht die Hessische Landesregierung weiterhin davon aus, dass das genannte Klimaschutzziel (Klimaneutralität bis 2050) sowie die genannten Zwischenziele ausreichen, um das Pariser Klimaabkommen und damit eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf maximal 1,5 Grad Celsius einzuhalten?
2. „Entscheidend für die Einhaltung des 1,5-Grad-Celsius-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren.“ Deshalb fordert FFF bis Ende 2019 das Ende der Subventionen für fossile Energieträger, ein Viertel der Kohlekraft abzuschalten und eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. „Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 € pro Tonne CO₂.“ (FFF Forderungen 08.04.2019)
 - a) Teilt die Hessische Landesregierung diese Sofort-Forderungen für 2019?
 - b) Wenn ja: Welche Schritte unternimmt die Hessische Landesregierung in den kommenden Monaten, um den drei Sofort-Forderungen auf Bundesebene zum Durchbruch zu verhelfen?
 - c) Wenn nein: Warum teilt die Hessische Landesregierung diese drei Forderungen nicht und wie glaubt sie ohne diese Forderungen noch einen ausreichenden Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Celsius-Ziels leisten zu können?

3. „Die Verwirklichung dieser Forderungen“ – so FFF – „muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringen Einkommen gehen.“ (ebd.)
- a) Welche Vorkehrungen hat die Hessische Landesregierung in ihrem integrierten Klimaschutzplan 2025 getroffen, um Menschen mit geringem Einkommen vor zusätzlichen Kosten zu schützen?
 - b) Welche Maßnahmen wird die Hessische Landesregierung ergreifen, um Menschen mit geringem Einkommen vor zusätzlichen finanziellen Belastungen aus den notwendigen Umstellungen in den Sektoren Verkehr, Landwirtschaft, Energieversorgung und Wohnen (Wärmeversorgung) zu schützen?
4. „Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann“, fordert FFF „absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürgerinnen und Bürger. Alle getroffenen Maßnahmen müssen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen.“ (ebd.)
- a) Wird die Hessische Landesregierung bei der am 04.04.2019 durch Ministerin Priska Hinz angekündigte Festschreibung von Klimaschutzziele für die einzelnen Sektoren (Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude usw.) die „absolute Transparenz“ herstellen und wenn ja wie?
 - b) Wird die Hessische Landesregierung bei der angekündigten Evaluierung der bereits getroffenen Maßnahmen sowie der Beurteilung der Wirksamkeit neu zu treffender Klimaschutzmaßnahmen eine unabhängige wissenschaftliche Kontrolle sicherstellen und wenn ja wie?

Wiesbaden, 30. April 2019

Torsten Felstehausen

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Hermann Schaus